



Veränderung in der Geschäftsführung der BLG

30.11.2012

Zum 30. November 2012 scheidet Reinhard König altersbedingt als Geschäftsführer der Brennelementlager Gorleben GmbH (BLG) aus. Sein Nachfolger in der Funktion als Geschäftsführer der BLG wird Dr. Klaus-Jürgen Brammer.

Veränderung in der Geschäftsführung der BZA

30.11.2012

Zum 30. November 2012 scheidet Reinhard König altersbedingt als Geschäftsführer der Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH (BZA) aus. Sein Nachfolger in der Funktion als Geschäftsführer der BZA wird Lars Köbler.

Ahaus: Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung

21.09.2012



Zeitplan der befristeten Zwischenlagerung

Rückführung von WA-Abfällen in ein deutsches Zwischenlager

07.09.2012



Stellungnahme der GNS als Betreiber des Zwischenlagers Gorleben zur aktuellen Diskussion um mögliche alternative Zwischenlager zur Aufbewahrung weiterer zurückzuführender Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland.

Vollsperrung der A40 in Essen

06.07.2012



Vom 7. Juli - 30. September 2012 wird die A40 auf Essener Stadtgebiet gesperrt. Dies hat Auswirkungen auf die Anfahrt zu unserer Hauptverwaltung in Essen sowie unserer Betriebsstätte in Mülheim.

GNS übernimmt den STEAG-Anteil am Zwischenlager Ahaus

26.06.2012



Die GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH übernimmt zum 1. Juli 2012 die 45 Prozent-Minderheitsbeteiligung an der Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH von der bisherigen Anteilseignerin STEAG Energy Services GmbH.

Zwischenlager Ahaus: Keine aktuellen Einlagerungen aus La Hague

15.06.2012

Die Unterstellung, es hätten in Ahaus Einlagerungen von Abfällen aus La Hague stattgefunden, entbehrt jeglicher Grundlage.

GNS-Duisburg: Änderungsgenehmigung erteilt

14.06.2012

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat jetzt der GNS die atomrechtliche Genehmigung zur Änderung der Betriebsstätte in Duisburgzugestellt.

Zügige Fertigstellung des Endlagers Konrad gefordert

13.06.2012



Anlässlich des Symposiums „Endlagerung“ der Stiftung Energie & Klimaschutz

Baden-Württemberg erneuerte Dr. Hannes Wimmer, Vorsitzender der Geschäftsführung der GNS, die Forderung nach einer zügigen Fertigstellung des Bundesendlagers Konrad sowie nach einer umgehenden Klärung der noch offenen Fragen rund um die Beschaffenheit der einzulagernden Abfälle.

Bundesweite Sicherheitsüberprüfung kerntechnischer Anlagen

12.06.2012



Die Entsorgungskommission des Bundes (ESK) ist vom Bundesumweltministerium gebeten worden, für alle Einrichtungen zur Behandlung, Zwischen- und Endlagerung ausgedienter Brennelemente, Wärme entwickelnder und anderer Arten radioaktiver Abfälle in Deutschland einen sogenannten Stresstest zu

entwickeln. Diese Sicherheitsüberprüfung soll nun unter anderem an den Standortzwischenlagern sowie den zentralen Zwischenlagern durchgeführt werden. Auf dieser Grundlage haben die Aufsichtsbehörden in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH aufgefordert, an ihren Zwischenlagerstandorten Ahaus und Gorleben mit der Beantwortung der Fragen des Stresstests zu beginnen.

GNS auf der Jahrestagung Kerntechnik 2012

16.05.2012



Vom 22.-24. Mai wird GNS sich auf der Jahrestagung Kerntechnik in Stuttgart präsentieren. Mit einem großen Messestand, 6 Sitzungsleitungen, 18 Vorträgen und nicht zuletzt knapp 90 Teilnehmern ist die GNS-Gruppe erneut sehr gut vertreten und unterstreicht damit einmal mehr Ihre Bedeutung als der Entsorger der deutschen Kernkraftwerke.

GNS-Duisburg: Verarbeitung hochradioaktiver Abfälle überhaupt kein Thema

04.05.2012



Anders als im NRW-Wahlkampf behauptet, war es zu keinem Zeitpunkt jemals auch nur angedacht, geschweige denn geplant oder gar beantragt, in unserer Betriebsstätte Duisburg mit hochradioaktiven, d.h. wärmeentwickelnden Abfällen, umzugehen. Auch für den künftigen Betrieb unserer Betriebsstätte können wir dies sicher und dauerhaft ausschließen.

Information zum Genehmigungsverfahren AVR

23.03.2012

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zur geplanten Verlagerung der AVR-Brennelemente von Jülich nach Ahaus erklärt die Behörde, dass die Dauer dieses Verfahrens in den noch „fehlenden Sicherheitsnachweisen des Antragsstellers“ begründet liege. Tatsache ist: Die GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH kann das AVR-Genemigungsverfahren sehr wohl erfolgreich zu Ende führen, allerdings haben immer neue behördliche Forderungen Auswirkungen auf den Zeitplan.

Gorleben: Umweltministerium bestätigt Einhaltung des Genehmigungswertes

22.03.2012



Das Niedersächsische Umweltministerium hat den amtlichen Messwert für die Ortsdosisleistung am Zaun des Zwischenlagers Gorleben im Jahr 2011 veröffentlicht und die Einhaltung des Genehmigungswertes bestätigt.

DMT: "Reges Interesse am 1. Fachgespräch Endlagerbergbau von DMT und GNS"

20.03.2012

Information der DMT: "Mehr als 200 Teilnehmer aus Deutschland und dem europäischen Ausland trafen sich am vergangenen Donnerstag beim Essener Technologiedienstleister DMT GmbH & Co. KG zum „1. Essener Fachgespräch Endlagerbergbau“. In Zusammenarbeit mit der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH aus Essen hatte die DMT zu einer Vortragsveranstaltung eingeladen. Ziel war es, eine neue Plattform für den Erfahrungsaustausch und zur Kontaktpflege mit Fachkollegen sowie Vertretern der zuständigen Behörden zu schaffen."

Zwischenlager Gorleben: Keine radiologischen Auswirkungen auf die Umgebung

14.03.2012

Am heutigen Mittwoch hat die GNS den Jahresbericht der Umgebungsüberwachung des Zwischenlagers Gorleben für das Jahr 2011 vorgestellt. Dieser ist dem Niedersächsischen Umweltministerium als Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Auswertung aller Messwerte bestätigt auch für das vergangene Jahr 2011, dass die von den Anlagen der GNS abgegebene Strahlung unterhalb der in der Genehmigung festgelegten Werte gelegen hat, und darüber hinaus keine radioaktiven Stoffe freigesetzt wurden. Der Betrieb der Anlagen hat damit keinerlei unzulässige radiologische Auswirkungen auf die Umgebung.

BMU: "Zwischenlager sollen nachgerüstet werden"

11.01.2012

Information des Bundesumweltministeriums: "Die Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland sollen nachgerüstet werden. Darauf haben sich die Betreiber der Anlagen und die zuständigen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden der Länder bereits im vergangenen Jahr verständigt. Die baulichen Maßnahmen an den Anlagen dienen dem Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter, dazu zählen auch mögliche terroristische Angriffe."